



# Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter

Leitbilder und Praxis seit 1945

Herausgegeben von

Gunilla Budde, Eckart Conze und Cornelia Rauh

Vandenhoeck & Ruprecht



# Bürgertum Neue Folge

Studien zur Zivilgesellschaft

Herausgegeben von  
Manfred Hettling und Paul Nolte

*Band 10*

Vandenhoeck & Ruprecht

# Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter

Leitbilder und Praxis seit 1945

Herausgegeben von  
Gunilla Budde, Eckart Conze und Cornelia Rauh

Vandenhoeck & Ruprecht

Umschlagabbildung: Privatbesitz G. Budde

Mit drei Grafiken und zwei Tabellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-36850-3

Gedruckt mit Unterstützung der ZEIT-Stiftung,  
die 2007 auch die Tagung »Bürgertum und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert  
in internationaler Perspektive« an der Evangelischen Akademie in Loccum  
in großzügiger Weise unterstützt hat.

© 2010, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / [www.v-r.de](http://www.v-r.de)  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der  
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG:  
Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung  
des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer  
entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke.

Printed in Germany.

Satz: textformart, Daniela Weiland, Göttingen  
Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhalt

<i>Gunilla Budde/Eckart Conze/Cornelia Rauh</i> Einleitung: Bürgertum und Bürgerlichkeit nach 1945 . . . . .	7
---	---

## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND ZIVILGESELLSCHAFT

<i>Dieter Gosewinkel</i> Zivilgesellschaft – Bürgerlichkeit – Zivilität? Konzeptionelle Überlegungen zur Deutung deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert . . . . .	29
---	----

<i>Christine G. Krüger</i> In der Tradition der bürgerlichen Wohlfahrt? Freiwilligenarbeit von Jugendlichen nach 1945 . . . . .	53
---	----

<i>Gabriele Lingelbach</i> Bürgerliche oder bürgerschaftliche Philanthropie? Der Wandel wohltätigen Handelns in der Bundesrepublik Deutschland . .	69
--	----

<i>Marie-Christine Potthoff</i> Traditionelle Bürgerlichkeit im internationalen Kontext: Rotary und Lions Clubs nach 1945 . . . . .	81
---	----

## POLITIK UND STAAT

<i>Volker Depkat</i> Entwürfe politischer Bürgerlichkeit und die Krisensignatur des 20. Jahrhunderts . . . . .	101
--	-----

<i>Jens Hacke</i> Bürgerlichkeit und liberale Demokratie. Konzepte in der politischen Philosophie der Bundesrepublik . . . . .	117
--	-----

<i>Holger Nehring</i> Bürgerlichkeit als Protest. Semantiken von Bürgerlichkeit in bundesdeutschen Protestbewegungen, 1960–1980 . . . . .	133
---	-----

## UNTERNEHMEN UND BETRIEBSFÜHRUNG

*Werner Plumpe / Christian Reuber*

Unternehmen und Wirtschaftsbürgertum im 20. Jahrhundert . . . . . 151

*Adelheid von Saldern*Bürgerliche Werte für Führungskräfte und Mitarbeiter in Unternehmen.  
Das Harzburger Modell, 1960–1975 . . . . . 165

## BILDUNG UND ERZIEHUNG

*Miriam Gebhardt*Eltern zwischen Norm und Gefühl.  
Wertewandel in der bürgerlichen Familiensozialisation im 20. Jahrhundert 187*Peter Lundgreen*Chancengleichheit und Bildungsbeteiligung in der deutschen bürgerlichen  
Gesellschaft nach 1945. Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung 205*Daniela Münkel*»A revolution in education«?  
Middle Class und Hochschulexpansion im England der sechziger Jahre . . 223

## LEBENSSTIL UND ALLTAGSKULTUR

*Till Manning*»...mit üblem geistig-seelisch-materiellem Mittelstand« auf Reisen.  
Touristische Emanzipation vom bürgerlichen Reiseideal . . . . . 239*Sven Oliver Müller*Ein fehlender Neuanfang.  
Das bürgerliche Musikleben in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 255*Lu Seegers*Prominenz und bürgerlicher Wertewandel  
in der Bundesrepublik, 1965–1980 . . . . . 271

Bibliographie . . . . . 285

Abkürzungen . . . . . 313

Autorenverzeichnis . . . . . 315

## Einleitung: Bürgertum und Bürgerlichkeit nach 1945

Gibt es nach dem bürgerlichen Zeitalter noch ein Bürgertum? Sind im 20. Jahrhundert noch Formen von Bürgerlichkeit zu erkennen? Die Antworten sind widersprüchlich. Auf der einen Seite herrschte schon zu Beginn des Jahrhunderts Endzeitstimmung. »Seltsam, dieses Bürgertum. Seltsam dieses starre Festhalten an Formen, die leer sind, an Dingen, die es eigentlich nicht mehr gibt. Vorbei, vorbei – fühlt ihr das nicht?« fragte 1920 Kurt Tucholsky in einem Artikel in der »Weltbühne«. <sup>1</sup> An gleicher Stelle prophezeite sein Kollege Carl von Ossietzky in seinem letzten Artikel im Februar 1933 dem Bürgertum den nahen »Untergang«: »Wir leben jetzt wieder im Traum der bürgerlichen Renaissance. [...] Nicht mehr so exklusiv wie früher, im Gegenteil, sehr kleinbürgerlich geworden. Der Bürger ist pleite, seine Ideale wehen zerfetzt in allen Winden.« <sup>2</sup> Und der Berliner Verleger Wolf Jobst Siedler vermisste zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Krawattenträger auf dem Kurfürstendamm und nahm dies als Indiz für das Ende von Bürgertum und Bürgerlichkeit.

Auf der anderen Seite quellen die Medien ganz unterschiedlicher politischer Couleur in den letzten Jahren geradezu über von Beschwörungen einer »neuen Bürgerlichkeit«. Der bürgerliche Wertehimmel wird, so scheint es, – neu – entdeckt, nicht nur von der liberal-konservativen Zeitschrift »Cicero«, auch von der Berliner TAZ. Doku-Soaps wie die »Bräuteschule«, die das bürgerliche Frauenideal des 19. Jahrhunderts im Gewand der fünfziger Jahre wieder aufleben lassen, feiern Traumquoten. Im Jahr 2000 entwarf der New York Times-Journalist David Brooks in seinem selbstironischen Essay »Bobos in Paradise« die hybride Gesellschaftsschicht der »bourgeois bohemiens«, der es zu gelingen scheint, die Sphäre von Kommerz und Kreativität harmonisch zu vereinigen, und in der sich Thomas Manns trauriger Held Tonio Krüger endlich pudelwohl gefühlt hätte. <sup>3</sup> Vorstellungen von Kontinuität und Wandel eines Bürgertums vermischen sich in diesen Publikationen, es herrscht offenbar Uneinigkeit darüber, ob hier etwas Neues im Entstehen ist oder aber eine bekannte Gesellschaftsformation mit nur leichten

1 *Tucholsky*, Dämmerung.

2 *Ossietzky*, Richard Wagner, S. 285.

3 *Brooks*, Bobos in Paradise.



Varianten wie ein, um mit Hans-Ulrich Wehler zu sprechen, »Phönix aus der Asche« wieder aufzuleben beginnt.<sup>4</sup>

Deutlich verhaltener hat die historische Forschung sich dem Phänomen von Bürgertum und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert bislang gewidmet. Nach einigen Jahren lebendiger Bürgertumsforschung, die sich primär mit dem »langen 19. Jahrhundert« beschäftigte,<sup>5</sup> sind zunächst nur sporadisch Blicke auch auf das Bürgertum des 20. Jahrhunderts geworfen worden.<sup>6</sup> Schließlich herrschte lange Zeit ein breiter Konsens, dass die Hochphase von Bürgertum und Bürgerlichkeit eindeutig im 19. Jahrhundert anzusetzen sei, die Strahlkraft bürgerlicher Lebensformen bereits im Kaiserreich zu verblasen begann, die dann im Zuge einer Reihe von dezidiert nicht-bürgerlichen Tendenzen im Laufe des 20. Jahrhunderts und nicht zuletzt der bürgerlichen »Mitwirkung an der Machtübergabe an den Nationalsozialismus« gänzlich abhanden gekommen wäre.

Doch im Zuge der von den osteuropäischen Bürgerrechtlern der 1980er Jahre angestoßenen Debatte feierte die Zivilgesellschaft als dem 20. Jahrhundert adäquatere Variante der bürgerlichen Gesellschaft eine neue Blütezeit, die ihre Spuren auch in der historiographischen Forschung hinterlassen hat.<sup>7</sup> Ohne noch mit der Vorstellung verbunden zu sein, dass Zivilgesellschaft sozial an eine bürgerliche Trägerschaft gebunden ist, ist das Konzept im wissenschaftlichen, politischen und journalistischen Tagesgeschäft gleichsam allgegenwärtig. Es steht für die Anerkennung von Pluralität, die Toleranz gegenüber Anderen, ein vertrauensbasiertes Miteinander und nicht zuletzt für die Wiederbelebung bürgerlicher Eigen- und Gemeinschaftsverantwortung. Auch wenn zivilgesellschaftliches Engagement im 20. Jahrhundert deutlich weniger an eine bürgerliche Trägergruppe gekoppelt scheint, bleibt nach wie vor, betrachtet man die Hauptakteure in NGOs, Bürgerinitiativen etc., eine (bildungs-)bürgerliche Überrepräsentanz erkennbar.<sup>8</sup> Auch deshalb werden in bislang vorliegenden Studien zum Bürgertum

4 Wehler, Deutsches Bürgertum nach 1945.

5 Als Synthesen dieser Forschungen siehe *Lundgreen*, Sozial- und Kulturgeschichte; *Budde*, Blütezeit des Bürgertums.

6 S. u. a. *Conze*, Eine bürgerliche Republik?; *Jansen*, Antiliberalismus und Antiparlamentarismus; *Schäfer*, Bürgertum in der Krise; *Flemming*, Intellektuelle; *Hettling/Ulrich*, Bürgertum nach 1945; *Schulz*, Lebenswelt und Kultur; *Molthagen*, Ende der Bürgerlichkeit; *Hacke*, Bekenntnis zur Bürgerlichkeit; *ders.*, Philosophie der Bürgerlichkeit; *Rauh*, Bürgerliche Kontinuitäten; *dies.*, Bürgertum als normative Instanz.

7 Vgl. u. a. *Bauerkämper*, Zivilgesellschaft; *Kocka*, Civil Society in Historical Perspective; *ders.*, Civil Society in Nineteenth-Century Europe; *ders.*, Civil Society: Some remarks; *ders.*, Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen; *Michalski*, Europa; *Trentmann*, Paradoxes; *Arndt*, Intellektuelle, *Krüger*, Bürger; *Berman*, Civil Society; *Gosewinkel*, Zivilgesellschaft; *Berneu/Nord*, Civil Society; *Meißner*, Zivilgesellschaftsdiskurs; *Hagemann*, Civil Society; *Schmidt*, Zivilgesellschaft; *Hall/Trentmann*, Civil Society.

8 Vgl. *Gensicke u. a.*, Freiwilliges Engagement; *Nehring*, Pacifist Imperialists; *Knoch*, Bürgersinn; *Geppert/Hacke*, Streit um den Staat.

im 20. Jahrhundert durchaus plausible Argumente dafür ins Feld geführt, dass das Ende des Bürgertums zu früh eingeläutet worden sei.

Es wäre hingegen falsch, die Kontinuität zu ungebrochen zu sehen. *Erstens* fehlte ein wesentlicher Teil des deutschen Bürgertums. Mit der Vertreibung und Ermordung jüdischer Bürgerinnen und Bürger war nicht nur Hunderttausenden von Mitbürgern das Leben genommen, sondern der bürgerlichen Kultur auch ein Kernstück seiner Seele. *Zweitens* fehlte nach Krieg, Nachkriegszeit und deutscher Teilung großen Teilen des deutschen Bürgertums die unabdingbare materielle Basis für eine bürgerliche Lebensführung. Die DDR kappte weitgehend die Möglichkeiten bürgerlicher Selbständigkeit und beförderte damit das Ende eines ostdeutschen Wirtschaftsbürgertums. Inwiefern sich dennoch Formen von Bürgerlichkeit halten konnten, ist erst im Ansatz untersucht.<sup>9</sup> Dass es bildungsbürgerliche Enklaven gegeben hat, haben Forschungen zu Pfarrern, Ärzten, Professoren und der weiblichen »Intelligenz« gezeigt.<sup>10</sup> Bei aller Diffamierung des Bürgerlichen bediente sich die »Elite« im Arbeiter- und Bauernstaat aus Mangel an eigenen kulturellen Modellen einer bürgerlichen Attitüde. Ungeachtet dessen war das Bürgertum in Ostdeutschland noch mehr auf ein Minimum reduziert als im Westen. *Drittens*: Auch wenn eine »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« (Helmut Schelsky) zu keinem Zeitpunkt realisiert war und Züge der Klassengesellschaft namentlich in Krisenzeiten sich wieder deutlicher abzeichneten, musste sich nach 1945 ein Bürgerstolz nicht mehr gegen einen starken Adel behaupten, konnte sich ein Bürgerdünkel nicht mehr gegen eine erstarkte Arbeiterschaft entwickeln. Die Frontlinien, die in der Konstituierungsphase des Bürgertums so essentiell waren, verschwammen zusehends.

Es spricht von daher viel dafür, im Sinne von Klaus Tenfelde nicht von einer »Auflösung« sondern von einem »Formwandel« des Bürgertums im 20. Jahrhundert auszugehen.<sup>11</sup> Diese These von der Kontinuität in der Transformation gewinnt in der gegenwärtigen Forschungslandschaft ein immer größeres Gewicht. Sie bezog sich zunächst sowohl auf die Sozialformation »des« Bürgertums wie auch auf das von dieser – stets in Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen – maßgeblich geprägte Kulturmuster, oder, um mit Pierre Bourdieu zu sprechen, den »Habitus« der »Bürgerlichkeit«. Demzufolge handelte es sich nicht um eine »nivellierte Mittelstandsgesellschaft«, die selbst, ungeachtet aller Tendenzen in diese Richtung, selbst in der Nachkriegszeit illusionär blieb, sondern

9 S. hierzu die Forschungen von *Wagner-Kyora*. Forschungen zu ostdeutschen Betrieben, Betriebsformen und innerbetrieblicher Strukturen liegen mittlerweile reichlich vor, ohne dass hier mit Begriffen wie »Wirtschaftsbürgertum« und »Bürgerlichkeit« operiert wird oder die Frage nach Restbeständen einer von Bürgerlichkeit gestellt wird.

10 *Kleßmann*, Kontinuitäten und Veränderungen; *ders.*, Beharrungskraft; *ders.*, Sozialgeschichte; *Ernst*, Prophylaxe; *Jessen*, Bildungsbürger; *ders.*, Professoren; *Budde*, Frauen der Intelligenz; *Großbölting*, Exklusives Bürgertum; *ders.*, SED-Gesellschaft.

11 *Tenfelde*, Stadt und Bürgertum.

um eine immer breiter ausdifferenzierte Gesellschaft. In ihr schwächten sich zwar die Unsicherheiten der Lebenslage zusehends ab,<sup>12</sup> gleichzeitig aber wiesen auch die »feinen Unterschiede« immer feinere Ziselierungen auf.

Unser Band knüpft an die hier skizzierte Forschungslage an. Ausgangspunkt ist die Kernfrage, ob es im 20. Jahrhundert überhaupt noch so etwas wie ein »Bürgertum« und eine an eine solche Formation mehr oder minder eng gekoppelte »Bürgerlichkeit« gegeben hat. Dass der Blick in diesem Band vor allem auf westdeutsche Entwicklungen fokussiert ist, hängt auch mit der Forschungslandschaft zusammen. Ausgangsimpuls für Forschungen zu Bürgertum und Bürgerlichkeit im »langen 19. Jahrhundert« war die Annahme gewesen, dass die deutsche Entwicklung durch ein besonders schwaches Bürgertum und ein »Defizit an Bürgerlichkeit« geprägt war.<sup>13</sup> Schon diese Schlüsselfrage des »deutschen Sonderwegs« forderte eine komparative Betrachtung heraus, die bislang jedoch empirisch noch kaum eingelöst worden ist.<sup>14</sup> Bürgertum und Bürgerlichkeit sind, so scheint es, ein genuin deutsches Thema. Dies erschwert eine Vergleichs- und Beziehungsgeschichte. Bürgertumsgeschichte künftig stärker in einen europäischen, auch globalen Kontext einzubetten, beispielsweise unter der Leitfrage nach der Vergesellschaftung der Mittelschichten, bleibt ein Desiderat für die Zukunft.

Da wir aber für die deutsche Seite noch ganz am Anfang einer systematisch betriebenen Bürgertumsgeschichte zum 20. Jahrhundert stehen, müssen wir auch wissenssoziologisch in mehrere Dimensionen vorstoßen. Sind Erkenntnisse, die wir vor dem Fragehorizont von Bürgertum und Bürgerlichkeit gewinnen, zeit-historisch relevant? Lassen sie sich mit jenen Befunden und Interpretationen verknüpfen, die in den letzten Jahren unser Bild der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte geprägt haben? Wann und warum sind in Wissenschaft und Öffentlichkeit Begriffe und Konzepte wie Bürgertum, Bürgerlichkeit oder bürgerliche Gesellschaft thematisiert und diskutiert worden, welche Konjunkturen oder Moden lassen sich hier über die Jahrzehnte hinweg identifizieren?

Bürgertum und Bürgerlichkeit gehen in ihren sozialformativen Dimensionen nicht auf. Bürgerlichkeit hat nicht nur und nicht immer eine klassenspezifische Komponente, sondern implizierte vielmehr auch bestimmte, im historischen Prozess freilich variable und sich wandelnde Wert- und Ordnungsvorstellungen. Bürgerlichkeit ist folglich auf Politik und Öffentlichkeit bezogen. Gerade die deutsche Bürgertumsforschung verdankt dieser Sichtweise wesentliche Im-

12 *Mooser*, Abschied.

13 *Kocka*, Bürgertum und Sonderweg.

14 Auch der Bielefelder Sonderforschungsbereich war explizit mit dem Anspruch angetreten, das »europäische Bürgertum« in den Blick zu nehmen. Nur wenige der daraus hervorgegangenen Studien haben hingegen eine internationale Perspektive eingenommen. S. *Berg-hoff*, Englische Unternehmer; *Etges*, Wirtschaftsnationalismus; *Budde*, Auf dem Weg; *Wienfort*, Monarchie; *Hettling*, Politische Bürgerlichkeit; *Schäfer*, Bürgertum.

pulse und Fragerichtungen, etwa mit Blick auf das Bürgertum als Gestaltungskraft europäischer Städte.<sup>15</sup> Aber was heißt das für das 20. Jahrhundert und insbesondere die Zeit nach 1945? Worin lag und wie äußerte sich die »Politizität« der Bürgerlichkeit?

Zwei Ebenen scheinen dabei analytisch voneinander zu trennen zu sein: Bürgerliches Denken und Handeln war zum einen stets auch auf die politische Ordnung und damit auf den Staat bezogen. Dies jedoch nicht nur im Sinne der Schaffung, Erhaltung oder Veränderung einer bestimmten politischen Ordnung, sondern auch mit dem Ziel, bürgerlichen Werten (vor allem als sozialmoralischen Wertvorstellungen) staatlichen Schutz und – mehr noch – allgemeine Gültigkeit zu verleihen. Hier dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wir stoßen nämlich zum anderen auf politische Bürgerlichkeit auch, wenn wir – gerade mit Blick auf die Bundesrepublik – über die Ausbreitung von Staatsbürgerlichkeit und Zivilität im Sinne soziopolitischer und soziokultureller Liberalisierung nachdenken. Ralf Dahrendorf hat freilich mit guten Gründen dafür plädiert, mit dem Begriff der »Staatsbürgerlichkeit« vorsichtiger umzugehen. Denn es sei doch das Entscheidende am Bürger, dass seine Position nicht abgeleitet sei vom Staat, sondern immer eine eigene, selbstbewusste Position gewesen sei.<sup>16</sup> Insofern mag selbst der Begriff der »Staatsbürgerlichkeit«, wie ihn auch Dolf Sternberger verwendet, in seinem Staatsbezug in der Tat noch Ausdruck deutscher Denktradition sein.<sup>17</sup> Zudem stellt sich die Frage, ob historische Staatsbürgerlichkeit – im Sinne soziopolitischer Ordnungsvorstellungen – in stark gegenwartsgewonnenen Civil Society-Konzepten aufgeht. Gleichwohl bietet sich der »Staatsbürger« zur Übersetzung des Begriffs »citoyen« oder »citizen« (im Unterschied zum »bourgeois«) noch immer an.

Unser Band versucht einige Antworten. Im Sinne einer »intellectual history« der Bundesrepublik geht es um Konzepte von Bürgerlichkeit in Politik und politischer Philosophie der Bundesrepublik. Das forderte eine Sichtweise heraus, welche die Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft nach 1945 und vor allem in den sechziger Jahren als antibürgerlich verstand und deutete. Bürgerlichkeit und Liberalität wurden damit entkoppelt; bürgerlich-konservativem, liberal-konservativem oder auch neokonservativem Denken wurde in dieser Sichtweise das liberale und liberalisierende Potential abgesprochen.<sup>18</sup> Das hat damit zu tun, dass der Begriff der Bürgerlichkeit auf die vielfach kritisierte Kontinuität politi-

15 Einen knappen Überblick zu den Erträgen des 1988 in Frankfurt am Main etablierten Forschungsschwerpunkts »Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert« gibt Schulz, *Lebenswelt*, S. 61–64; Kultur und Politik in überzeugender Weise integrierend: *Sarasin*, *Stadt der Bürger*, ferner: *Hettling*, *Politische Bürgerlichkeit*.

16 Siehe zuletzt: *Dahrendorf/Nolte*, *Bürgerlichkeit in Deutschland*, S. 3.

17 Vgl. beispielsweise *Sternberger*, *Aspekte des bürgerlichen Charakters*, S. 13; siehe auch *Greven*, *Betrachtungen über das Bürgerliche*.

18 Vgl. dagegen *Hacke*, *Philosophie der Bürgerlichkeit*.

scher und gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen in Deutschland nach 1945 und auf die Kontinuität ihrer sozialen Trägergruppen verwies, auch auf die Kontinuität des Kapitalismus. Es hat aber auch damit zu tun, dass eine sich im Boom des »Wirtschaftswunders« ausbreitende habituelle Bürgerlichkeit in Verbindung mit einem breiten Normalitäts- und Normalisierungsstreben belasteten NS-Eliten und nicht wenigen NS-Verbrechern den glatten Übergang in die Bundesrepublik ermöglichte.<sup>19</sup>

Aber trug die Kritik daran, trug die Kritik an dieser habituellen Bürgerlichkeit – durchaus im Sinne von »Gut-Bürgerlichkeit« – nicht auch ihrerseits bürgerliche Züge? Wir stoßen hier einmal mehr auf ein grundlegendes, nicht nur terminologisches Problem, nämlich das Aufeinanderprallen verschiedener Konzepte von Bürger und Bürgerlichkeit, von habitueller und politischer Bürgerlichkeit, von einer sozialhistorisch verstandenen Verbreiterung, wenn nicht Verallgemeinerung von Bürgerlichkeit einerseits und einer im engeren Sinne politisch verstandenen Bürgerlichkeit, die sich als liberale Zivilität darstellt, andererseits. Diese Gegenüberstellung ist analytisch deswegen problematisch, weil sie die Politizität habitueller Bürgerlichkeit sachlich negiert und stattdessen ein idealisierendes Konzept politischer Bürgerlichkeit, zusammengebaut aus Elementen zivilgesellschaftlichen Denkens und bürgerlichen Traditionen entwickelt, das aber mit einer sozialhistorisch verstandenen Bürgerlichkeit nur bedingt zusammenzugehen scheint. Ob die Auflösung dieser Widersprüche und mehr begriffliche Eindeutigkeit für die Untersuchung von Bürgertum und Bürgerlichkeit nach 1945 opportun ist, erscheint uns fraglich. Gerade in der Sphäre des Politischen und des Öffentlichen wird doch nicht nur ein Gestaltwandel von Bürgertum und, mehr noch, Bürgerlichkeit offenbar, sondern eine Diversifizierung des Konzepts selbst, eine Aufspaltung in Teilkonzepte und ganz unterschiedliche Bedeutungselemente. Diese mögen zwar alle und jeweils für sich historisch rückgebunden werden können. Sie verlieren damit aber auch an analytischer Kraft im Blick auf größere soziopolitische oder sozialkulturelle Entwicklungslinien insbesondere in der Zeit nach 1945.

Um sich Bürgerlichkeit nach dem bürgerlichen Zeitalter anzunähern, liegt es nah, von *Orten* auszugehen, an denen sich bürgerliche Kulturmuster und Praktiken bildeten und ausdrückten. Es handelt sich dabei um Orte, die in der Tradition von Bürgerlichkeit stehen, wie sie sich im 19. Jahrhundert ausprägte. Als Ausgangsort »bürgerlicher Kultur« hat nicht zuletzt die *bürgerliche Familie* einen tiefgreifenden Transformationsprozess im 20. Jahrhundert durchlaufen. Die Herausbildung eines spezifisch bürgerlichen Familienideals und einer expliziten Trennung von Berufs- und Privatleben gehörte zu den Schlüsselkomponenten von Bürgertum und Bürgerlichkeit seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Ge-

19 Siehe dazu Conze, *Eine Bürgerliche Republik*, S. 538–541, oder auch Herbert, *Rückkehr in die Bürgerlichkeit*; Berghoff/Rauch-Kühne, Fritz K.

koppelt daran war eine ausgeprägt geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die eindeutig den männlichen Bürgern die Sphäre des Berufs, den weiblichen die Sphäre der Privatheit zuwies. Ungeachtet der bereits im 19. Jahrhundert ständigen »Grenzüberschreitungen« gingen diese normativen Zuschreibungen einher mit gravierenden Ungleichheitsstrukturen, die von Seiten der Bürgertumsforschung einerseits als dem Programm der Bürgergesellschaft konstitutiv, andererseits als noch zu überwindende Barriere hin zur Annäherung an die Utopie der auf universelle Gleichberechtigung zielenden Zivilgesellschaft gedeutet wurde.<sup>20</sup> Nicht zuletzt mit der Erweiterung der Zugangschancen auf dem Bildungs- und Berufssektor für Frauen einerseits und den neuen Vorstellungen von partnerschaftlichen Beziehungen, elterlicher Verantwortung und ehelicher Dauer andererseits sind im 20. Jahrhundert offensichtlich tief greifende Veränderungen im familiären Zusammenleben eingetreten. Gleichzeitig zeigen gerade aktuelle Debatten der Familienpolitik, wie tief verwurzelt das traditionelle Familienideal nach wie vor ist und wie schnell es sich wieder im politischen Diskurs mobilisieren lässt. Wie prägnant waren die Veränderungen im Familienleben wirklich? Wie neu die Erziehungswerte?

Dass die Heiratsmärkte, nicht zuletzt in Akademikerkreisen, äußerst endogam blieben, hat eine Reihe von soziologischen Studien eindringlich belegt.<sup>21</sup> Wie zukunftsweisend und karriereentscheidend nach wie vor der in der familialen Sozialisation erworbene Habitus ist, haben nicht zuletzt die Studien von Michael Hartmann unterstrichen. Es sei ein Märchen, so der Soziologe noch vor wenigen Jahren in einem Interview im *Stern*, dass es derjenige nach oben schaffe, der klug und fleißig sei. Es sei nach wie vor »die Gnade der richtigen Geburt«, die eine Spitzenposition garantiere. Das virulente Ineinandergreifen von beruflichen und privaten Interessen im Überschneidungsbereich von Öffentlichkeit und Privatheit, war seit dem 19. Jahrhundert nicht nur in Familien-Unternehmen, sondern auch in anderen semi-privaten Bezügen wie den Vereinen und den repräsentativen Geselligkeiten präsent. Solche Formen bürgerlichen Miteinanders entstanden nach 1945 wieder sehr schnell. Handelt es sich dabei lediglich um marginale Enklaven einer verflossenen »Bürgerlichkeit« oder verstanden sie sich ebenso wie ihre Vorgängerinstitutionen des 19. Jahrhunderts als »Schulen der Bürgerlichkeit«?

Ein Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage ist unseres Erachtens der Stellenwert, den die Selbst-Bildung im Besonderen und die Bildung im Allgemeinen in der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts einnahmen. Immerhin: Sie wurde, zunächst mit Blick auf die Frauen, später dann auch auf die unterbürgerlichen Schichten deutlich weniger exklusiv. Aber sie wurde auch spezialisierter. Das humanistische Bildungsideal befand sich auf dem Rückzug. Es charakterisierte lediglich

20 S. Kocka, Einige Ergebnisse u. Gerhard, Andere Ergebnisse.

21 U. a. Blossfeld/Timm, Who marries whom?

noch den Erfahrungshorizont einer kleinen Minderheit des europäischen Bürgertums nach 1914, die sich durch die Pluralisierung der Kultur seit der Jahrhundertwende von einer Art geistigen Enteignung bedroht fühlte. Nahm durch die wellenförmige Öffnung der Universitäten, der jeweils Phasen der Überfüllung des akademischen Arbeitsmarkts bzw. der Entwertung von akademischen Bildungspatenten folgten, die soziale Exklusivität von Bildung und ihre Bedeutung für die soziale Auslese einer sich als »Bürgertum« verstehenden Formation ab? Hat die gesamteuropäisch zu beobachtende Bildungsexpansion wirklich zur Verbreiterung von Bildungs- und Karrierechancen geführt? Inwiefern begegnete eine sich als »bürgerlich« verstehende Gesellschaftsschicht der Öffnung der Tore des öffentlichen Bildungswesens, indem sie neue, wiederum exklusive Bildungswege etablierte? Der unaufhaltsame Boom der Privatschulen und die wachsende Beliebtheit von englischen Internaten deuten zumindest auf eine solche Strategie.

Nicht nur auf dem Bildungssektor wuchs offenbar im Laufe des 20. Jahrhunderts das Bedürfnis weiterer Differenzierung. Unter dem »Nivellierungsdruck« wuchsen die Distinktionsbedürfnisse und -angebote. Ein spezifisches Konsummuster scheint das Ergebnis: eine demonstrative Souveränität im Umgang mit einer immer bunteren Warenwelt. Zurückhaltender und selektiver Fernsehkonsum, kulturbesetzte Freizeitaktivitäten, Festhalten an solider wenn auch kostspieliger »Qualitätsware«, Rückbesinnung auf handwerkliche Wertarbeit, gesundheitsbewusste Lebensmittelwahl wie allgemein ein politisch korrekter Lebensmittelgenuss sind Chiffren bürgerlicher Distanzierung in einer sich durchsetzenden Massenkongumgesellschaft.<sup>22</sup> Spezifische Konsummuster scheinen heute mehr denn je das Fundament bürgerlichen Selbstverständnisses, die »bürgerliche Kultur« als Kern und Klammer des Bürgertums des »langen 19. Jahrhunderts« feiert im »bürgerlichen Lebensstil« mit spezifischen Konsummustern nach 1945 seine Wiederauferstehung.

Das mag in ganz besonderer Weise für das Wirtschaftsbürgertum gelten, das allein schon aufgrund seiner materiellen Möglichkeiten die Kontinuität bürgerlicher Lebensführung zu verkörpern schien.<sup>23</sup> Das sollte uns ganz grundsätzlich an den Zusammenhang von Bürgerlichkeit im Sinne bürgerlicher Lebensführung und ihrer materiellen Begründung, ihrer materiellen Basis erinnern. Hans-Ulrich Wehler betont das, wenn er nicht nur von »bürgerlicher Kontinuität«, sondern für die Zeit nach 1945 auch von »bürgerlichem Aufstieg« spricht.<sup>24</sup> Doch er begründet sein Plädoyer, Bürgertumsgeschichte in die Nachkriegszeit hinein fortzuführen, nicht nur mit dieser erstaunlichen – aber doch erklärbaren – Konti-

22 Vgl. *Budde*, Bürgertum und Konsum.

23 S. hierzu u. a. *Berghoff/Rauh-Kühne*, Fritz K.; *Berghoff*, Kleinstadt; *Rott*, Sachs; *Lindner*, Die Reemtsmas.

24 *Wehler*, Deutsches Bürgertum nach 1945.



nuität, sondern verbindet seine bürgertumshistorische Fragestellung mit seinem Interesse an einer bis an die Schwelle der Gegenwart reichenden sozialen Ungleichheitsforschung. Zwar konzidiert er eine »kontinuierliche Expansion des Bürgertums«. Zu einer »fundamentalen Auflösung von Ungleichheitsstrukturen« sei es indes nicht gekommen.

War gerade mit Blick auf das Wirtschaftsbürgertum die Ungleichheit zementierende Stabilität von Sozialstrukturen besonders hoch? Welche Faktoren bestimmten die Elitenrekrutierung in der Wirtschaft, in Unternehmen? Lassen sich unsere auf wirtschaftliche Funktionsebenen bezogenen Befunde verknüpfen mit bürgertumsspezifischen Erkenntnissen, beispielsweise was den Faktor Familie oder die Orientierung an bestimmten Werten und sozialkulturellen Verhaltensmustern betrifft?

Für Westdeutschland gilt wohl, dass es weder mit Blick auf das 20. Jahrhundert insgesamt noch auf die Zeit nach 1945 zu einer Entpolitisierung von Bürgerlichkeit gekommen ist. Zu keiner Zeit mangelte es an soziopolitischen Ordnungsvorstellungen, denen – in positiver oder negativer Wertung – das Attribut »bürgerlich« zugeschrieben wurde. Die Frage ist: Lässt sich aus solcher Zuschreibung oder Selbst-Zuschreibung eine wissenschaftlich tragfähige und analytisch weiterführende Kategorie des Bürgerlichen entwickeln? Und hat eine solche Zuschreibung von Bürgerlichkeit irgendetwas zu tun mit dem Bürgertum oder mit Repräsentanten eines Bürgertums als Träger solcher Bürgerlichkeit?

Vor allem kann es nicht ausreichen, dass wir uns der Geschichte von Bürgertum und Bürgerlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert wissenschaftlich nur zuwenden, um, so hat es Stefan Meißner jüngst formuliert, nach Fragmenten zu suchen, »welche bei der Konstruktion eines neuen gesellschaftlichen Leitbildes hilfreich sein könnten«, so wichtig das als Argument in der Diskussion über die neue Aktualität der historischen Bürgertumsforschung ist.<sup>25</sup> Nichtsdestoweniger wäre aber, insbesondere bezogen auf die Bundesrepublik, zu fragen, ob wir nicht jene Entwicklungen, die wir seit einigen Jahren als Westernisierung, gesellschaftliche Liberalisierung fassen, auch begreifen können als Bewegungen hin zu einer »Bürgergesellschaft«, ja eben hin zu einer »civil society« im angelsächsischen Sinne?

Unser Band ist in fünf Abschnitte gegliedert, die jeweils nach bestimmten Orten und Ausformungen von Bürgerlichkeit beziehungsweise bürgerlichen Praktiken fragen.

25 Meißner, Zivilgesellschaftsdiskurs.



## 1. Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft

*Dieter Gosewinkel* wägt in seinem einleitenden, begriffsanalytischen Beitrag ab, welche Bedeutungsimplicationen und welcher Erklärungswert den Begriffen ›Bürgertum‹, ›Bürgerlichkeit‹, Zivilgesellschaft und Zivilgesellschaftlichkeit bzw. Zivilität für die deutsche gesellschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert zukommt. Gosewinkel weist zurecht darauf hin, dass die Übertragung der aus historischen Quellen und der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts geläufigen Begriffe ›Bürgertum‹ und ›Bürgerlichkeit‹ auf das 20. Jahrhundert alles andere als unproblematisch ist, weil sie mit bestimmten Deutungen der deutschen Zeitgeschichte einher geht. Diese skizziert er nur knapp. Im Wesentlichen konzentriert er sich darauf, die Tauglichkeit des in der neueren politik- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung intensiv debattierten Begriffs der ›Zivilgesellschaft‹ für die Zeitgeschichtsforschung zu klären. In einem gewissen Spannungsverhältnis zu dem hier von den Herausgebern verfolgten Konzept, nach »Orten« vermutterter bürgerlicher Kontinuität zu fragen, erteilt Gosewinkel jedem ›bereichsbezogenen Verständnis‹ von Zivilgesellschaft eine Absage. Er wendet sich gegen ein Konzept, das ›Sphären‹ der ›Bürgerlichkeit‹ bzw. ›Zivilgesellschaft‹ identifiziert und von anderen Bereichen, etwa von Staat und Markt, isoliert. Gosewinkel favorisiert dagegen ein handlungstheoretisches Konzept, das soziale Interaktion in allen Handlungsfeldern moderner Gesellschaften in den Blick nehmen kann und innergesellschaftlich wie über nationale Grenzen hinaus danach fragt, ob zivilgesellschaftliche Normen, die er im Begriff der ›Zivilität‹ am besten repräsentiert sieht, in der sozialen Praxis eingehalten werden. An einigen Beispielen der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung seit 1949 versucht er das empirisch zu füllen. Das forschungspraktische Potential, das Gosewinkels theoretischen Überlegungen innewohnt, verdient zweifellos näherer Reflexion als hier in der Einleitung eines Sammelbands möglich ist.

Konkretisierend setzt sich *Marie-Christine Potthoff* auf der Suche nach Formen und Orten von Bürgerlichkeit nach 1945 mit Service Clubs in der westdeutschen Gesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre auseinander. In ihrem Vergleich der Rotary und Lions Clubs mit dem bürgerlichen Vereins- und Assoziationswesen des 19. Jahrhunderts kann sie aufzeigen, dass diese Vereinigungen in vielfacher Hinsicht die Absicht verfolgten, bürgerliche Traditionen fortzusetzen. Fanden sich hier auch im 20. Jahrhundert zum einen in soziologischer Hinsicht Vertreter ›bürgerlicher‹ Professionen wieder zusammen, so gelangten zum anderen in den grundlegenden Prinzipien und der sozialen Praxis der regelmäßigen Zusammenkünfte traditionelle Werte wie »Tugendhaftigkeit, Bildung und Wohltätigkeit« zu erneuter Geltungskraft. Als neue Dimension des bürgerlichen Wertekanons sieht der Beitrag die positiv besetzte Internationalität der Service Clubs.

›Freiwilligkeit‹ im Berufsleben Jugendlicher als einen bürgerlichen Karriereweg zu betrachten, gelingt *Christine Krüger* am Beispiel der Einführung des frei-

willigen sozialen Dienstjahres in der frühen Bundesrepublik. Ursprünglich als ein Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von der Diakonie initiiert, wandelte sich diese Neuauflage tätiger bürgerlicher Wohltätigkeit aus der Weimarer Republik, die im Nationalsozialismus zum totalitären »Arbeitsdienst« mutiert war, zu einer neuen Berufsfeldperspektive. Sie lag neben festgelegten Berufsorientierungen und ermöglichte sozialen Aufstieg oder auch nur berufliche Umorientierung abseits des Elternwillens. Krüger zeigt, wie aus einem Instrument der »Mittelschicht«, das dezidiert der »Verbürgerlichung« randständiger Berufswege dienen sollte, allmählich eine immer stärker auf die bildungsbürgerlichen Karrierewege nach dem Abitur zugeschnittene Karriereförderung wurde. Sowohl die Gesellschaftsdiagnosen der Initiatoren in der Anfangszeit, dem von Ungewissheiten und Fehleinschätzungen geprägten Nachkriegsjahrzehnt, als auch die sich wandelnde Konzeption des Dienstes, bis hin zum immer beliebter werdenden Auslandsjahr seit den 1970er Jahren, trafen auf eine gleich bleibend interessierte Motivation individueller Karriereentscheidungen junger Männer und Frauen. Sie nutzten vielfältige Angebote in sozialen Berufen des öffentlichen Raumes, um die Enge familiärer Lebensperspektiven zu überwinden. Freiheitliche Persönlichkeitsorientierungen grundierten diese Erfolgsgeschichte von »Freiwilligkeit« in der »Mittelschicht« der Vielen. Bürgerlichkeit kann damit als eine gesamtgesellschaftlich rezipierte Praxis der punktuellen Veränderung und der daraus herrührenden Umorientierung von Berufsgruppen identifiziert werden. Sie ging einher mit einer Neufundierung bürgerlicher Werte in einer klassengesellschaftlich geöffneten Konsenssphäre.

*Gabriele Lingelbach* fragt, ob sich die Spendenpraxis in Westdeutschland nach 1945 als Ausformung eines bürgerlichen Habitus verstehen und in die Kontinuität bürgerlich-philanthropischen Handelns des 19. und frühen 20. Jahrhunderts stellen lässt, ob dieser Habitus womöglich zugleich als Ausdruck staatsbürgerlichen Handelns zu begreifen ist. Ihre Antwort fällt differenziert aus. Die völlig veränderten Rahmenbedingungen in Nachkriegsdeutschland (die fehlende materielle Basis, die Entwicklung, der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme oder die Überführung von privaten Stiftungen in die öffentliche Hand) verhinderten ein Wiederaufleben philanthropischer Aktivität und insbesondere großbürgerlicher Spendenpraxis in der Gestalt und dem Ausmaß des 19. Jahrhunderts. Auch mangelte es an der Motivation zu karitativem Engagement. Lingelbach bestreitet nicht die Bedeutung der Spendenpraxis in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik, interpretiert sie aber nicht als Fortsetzung früherer bürgerlicher Philanthropie, sondern allenfalls als Gestaltwandel. Ebenso bezweifelt Lingelbach, dass das Spenden eine besondere (staats-)bürgerliche Verantwortung artikuliert habe. Dem widerspreche bereits die dominierende Form des Spendensammelns nach 1945 (Haus- und Kirchensammlungen), aber auch der in der Regel festgesetzte Zweck von Sammlungen. Von einer freiwilligen, intentionalen und von prinzipieller Eigenmotivation getragenen Spendenpraxis könne keine Rede sein. Zu

konstatieren sei also nicht ein Gestaltwandel philanthropischer Aktivität, sondern eine substantielle Veränderung. Eine andere Frage ist freilich, inwiefern sich das deutlich wahrnehmbare Wiederaufkommen eher traditioneller philanthropischer Praktiken (Stiftungen, Mäzenatentum) seit etwa zwei Jahrzehnten wieder auf ältere bürgerliche Traditionen zurückführen lässt.

## 2. Lebensstil und Alltagskultur

Die immer feineren Unterschiede, so ein Konsens in bislang vorliegenden Studien zum Bürgertum nach 1945, konnten vor allem in einem spezifischen Lebensstil und einer kulturellen Gestaltung des Alltags zum Ausdruck kommen. Eine zögernd akzeptierte Pluralisierung privater Lebensentwürfe kennzeichnete die bundesrepublikanische Gesellschaft bereits seit den frühen sechziger Jahren. Prominente und die sie präsentierenden Medien wirkten vor allem seit der Ausbreitung des Fernsehens, so zeigt *Lu Seegers* in ihrem Beitrag, nicht nur als Weltfluchthelfer. Als Kolporteurs und Mediatoren gewandelter Werte trugen sie, zu Vorbildern stilisiert, zur Liberalisierung der Lebensformen bei. Durch regelmäßige Schlüsselblicke, gleichsam auf Augenhöhe mit den vertrauten TV-Stars, ließen sich bis in die frühen siebziger Jahre hinein, behutsam und immer eingebettet in ein bürgerliches Ambiente voller kostbarer Biedermeiermöbel, neue Familien- und Erziehungsvarianten vorführen. Bis 1973, so Seegers, konnte sukzessive ein moderat neues Familienideal salonfähig werden. Dann jedoch gewann die in Wirtschaft und Politik Raum greifende Krisenrhetorik die Oberhand. Prominente, namentlich der weibliche Teil, wurden nun häufig zum Sprachrohr einer konservativen Neujustierung. In der Öffentlichkeit stehende Personen konnten somit, versehen mit den Insignien der Bürgerlichkeit, einerseits zu Repräsentanten neuer Lebensstile werden, andererseits aber solchen Entwicklungen auch gegensteuern helfen.

Wie langsam sich auch im Bereich der Kunst und Kultur neue Richtungen durchsetzen, macht *Sven Oliver Müller* mit seinem Blick in die Konzert- und Opernhäuser nach 1945 deutlich. Bereits im 19. Jahrhundert hatte das bürgerliche Publikum das mit eigenen Regeln versehene öffentliche Musikerleben als besonders geeignete Möglichkeit der Selbstinszenierung und Fremdbegrenzung instrumentalisiert und sich so als »ästhetische Gemeinschaft« (Zygmunt Bauman) der »happy few« stilisiert. In den fünfziger und sechziger Jahren reagierte das Publikum auf Innovationen mit einer Verteidigung des klassischen Kanons und einem Widerstand gegen die Musik des 20. Jahrhunderts. Verweigerungen von Intendanten, sich lediglich des Repertoires des »musikalischen Museums« zu bedienen, endeten noch bis in die 1970er Jahre häufig im Skandal. Dabei machte der sich weniger in einer spontanen Empörung Luft, sondern wurde vom

bürgerlichen Publikum bewusst in Szene gesetzt, gleichsam als lautstarke Demonstration der eigenen kulturellen Deutungshoheit. Mit der Öffnung sämtlicher Sparten des Musikschaffens für ein nahezu unbegrenztes Publikum, durch die zunehmende Medialisierung und Kommerzialisierung wurde der elitäre Musikliebhaber zu einer bedrohten Spezies, die sich von der Masse dadurch unterschied, dass der *regelmäßige* Opernbesuch weiterhin unabdingbar zum Lebenshaushalt gehörte.

Eine immer mehr um sich greifende soziale Öffnung des Tourismus auch für nicht-bürgerliche Kreise setzte sich, so *Till Manning*, nach 1945 rasch durch. Je mehr das Reisen, vor allem ins Ausland, aufhörte, ein bürgerliches Privileg zu sein, was sich bereits im ausgehenden Kaiserreich abzuzeichnen begann, desto vehementer verteidigten vor allem Bildungsbürger ihr Wissen um die richtige Form dieser spezifischen konsumptiven Praxis als »Bildungs- und Kulturaufgabe«. Bei den seit den 1950er Jahren häufigen Einlassungen über touristisches Fehlverhalten wurde, so Manning, vordergründig außenpolitisch argumentiert. Die dabei artikulierte staatspolitische Besorgnis um das fragile Image der jungen Bundesrepublik diente dabei gleichzeitig als Vehikel zur Durchsetzung bürgerlicher Normen und damit zur Wahrung einer sozialen Praxis angesichts ihrer zunehmenden Verallgemeinerung. Einer imaginierten gesellschaftlichen Einheit des Bürgertums ging es nicht darum, wie sie wortreich betonte, Sehenswürdigkeiten mit der Kamera zu erjagen, sondern ihnen in innerer Sammlung und Erbauung gegenüberzutreten. Anti-konsumistische Diskurse verstärkten den Chor der Kritikerstimmen, konnten aber nicht verhindern, dass seit den 1960er Jahren die Urlaubsreise zu einer für eine große Masse erschwinglichen Ware wurde. Auf dem Hintergrund dieser Nivellierungsprozesse konnten jedoch auch bildungsbürgerliche Reiseformate florieren, deren Exklusivität durch Preis und Entfernung hergestellt wurde.

### 3. Bildung und Erziehung

Bildung und Erziehung waren seit je her Felder, in denen sich bürgerliche Lebensweise besonders deutlich ausprägte und von anderen Lebensformen abhob, während es gleichzeitig seit Mitte des 19. Jahrhunderts das Bemühen gab, den Zugang zu Bildung – nicht zuletzt durch Erziehung – gesellschaftlich zu verbreitern. Doch die Expansionsschübe der Bildung führten gleichzeitig auch zu immer neuen Distinktionsbemühungen, die sich sowohl in der Primärsozialisation in den Familien wie in der Sekundärsozialisation des Bildungswesens manifestierten.

*Miriam Gebhardt* zeigt das in ihrem Beitrag über die frühkindliche familiäre Erziehung vom Säuglingsalter an. Durch Analyse von Erziehungsratgebern und

›Elternbüchern‹ kann sie zeigen, wie sich in gebildeten Schichten seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine expertengeleitete Familiensozialisation etablierte, die vor allem auf Disziplinierung und Normierung der kindlichen Verhaltensweisen abzielte. Die Verfasserin lässt offen, ob bürgerliche Eltern sich lediglich früher als andere durch solche Konzepte angesprochen fühlten, ob also die auf Normierung abzielende Frühsozialisation nur hinsichtlich ihrer Wurzeln oder auch bezüglich ihrer Verbreitung und Ausdrucksformen ein bürgerliches Phänomen war. Aber unmissverständlich macht sie deutlich, dass der von jungen Eltern der »1968er«-Generation praktizierte anti-autoritäre Erziehungsstil ganz auf der Linie jener von Normierungstendenzen geprägten Familiensozialisation stand. Was sich um »1968« veränderte, waren die Normen, nicht jedoch der Faible für Normierung. Bis sich ein neues, aus den USA stammendes Menschenbild und, damit einher gehend, ein stärker auf Emotionalität und kindliche Gestaltungsmöglichkeit abzielendes Erziehungskonzept Geltung verschaffte, sollte es in Deutschland eineinhalb Jahrzehnte länger dauern als in anderen westlichen Gesellschaften, bis Ende der 1970er Jahre. Ob der dann stattfindende Wertewandel auf Elternhäuser des Bürgertums beschränkt blieb, wird in Miriam Gebhardts Beitrag nicht thematisiert.

*Peter Lundgreen* und *Daniela Münkel* fragen, inwieweit sich jene ebenfalls in den 1960ern eingeleitete Bildungsexpansion in Deutschland und England auf das Bildungsverhalten bestimmter Gruppen und mittelbar auf die soziale Verfassung der jeweiligen Gesellschaft auswirkte, inwieweit die ehemals dem Bürgertum bzw. der Middleclass vorbehaltenen Zugangschancen zu höherer Bildung sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gesellschaftlich verbreiteten und das Bürgertum seine diesbezüglichen Privilegien einbüßte. Denn Bildungsabschlüsse sind es, so Lundgreen, die in meritokratisch orientierten Gesellschaften dem Individuum Distinktionsmöglichkeiten eröffnen und über Lebenschancen entscheiden. Lundgreen, der den Begriff des ›Bürgertums‹ meidet, interessiert sich deshalb dafür, inwieweit höhere Bildungsabschlüsse im Verlaufe des 20. Jahrhunderts ihren Charakter des ›bürgerlichen‹ [die Herausgeber] Privilegs einbüßten. Das Ergebnis, zu dem er gelangt, ist widersprüchlich. Es zeigt an den höheren Schulen gleichberechtigte Chancen für diejenigen, die trotz sozialer Benachteiligung erst einmal bis ins Gymnasium gelangt waren. Erkennbar wird jedoch auch die für die Bildungsaspirationen und mithin für den Wechsel auf ein Gymnasium nach wie vor überragende Rolle familiärer Einflüsse. Aus Lundgreens Befunden lässt sich folgern: Wie ehemals trägt eine stark ausgeprägte Bildungsbeflissenheit dazu bei, dass das Bürgertum seinen Kindern einen privilegierten Zugang zu Bildungspatenten und mittelbar zu gesellschaftlichen Schlüsselpositionen sichert.

Für das englische Universitätssystem gelangt *Daniela Münkel* zu ähnlich ambivalenten Ergebnissen. Auf der einen Seite fand unter der Regierung des Labour-Politikers Harold Wilson in den 1960er Jahren auch in Großbritannien eine Expansion des höheren Bildungswesens statt, die in England und Wales

zur Etablierung eines modernisierten Universitätssystems führte, das durch neue disziplinäre Schwerpunkte und breiteren Zugang gekennzeichnet war. Auf der anderen Seite aber konnte sich das aus der englischen Klassengesellschaft vorangegangener Jahrzehnte stammende Universitätssystem privilegierter Middle Class-Vertreter halten und seine Bedeutung als soziales Distinktionsmittel für seine Absolventen erhalten.

Nichts deutet also in den hier abgedruckten Aufsätzen zu ›Erziehung und Bildung‹ darauf hin, dass Ungleichheit nach Ende des bürgerlichen Zeitalters oder infolge des Wertewandels und der Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren verschwunden, oder vormals bürgerliche Bildungswerte obsolet geworden wären.

#### 4. Unternehmen und Betriebsführung

Die Bürgertumsgeschichte steht zur Unternehmensgeschichte in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis: Auf der einen Seite teilen beide das Interesse an jenen Wirtschaftsbürgern, die – wie oben dargestellt – als Sozialformation unter allen Teilgruppen des Bürgertums noch am ehesten eine Kontinuität bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts aufweisen. In der an bestimmten soziologischen Forschungsergebnissen orientierten jüngeren Bürgertumsforschung dient immer wieder der Verweis auf die exklusive Zusammensetzung des Spitzenpersonals wichtiger Großunternehmen als Beleg für die Wirkungsmacht sozialer Distinktionsmechanismen und Exklusionsstrategien.<sup>26</sup> Die Bürgertumsforschung zum 20. Jahrhundert hat jedoch das Unternehmen, den Betrieb, als ›Ort‹ von Bürgerlichkeit bislang noch nicht entdeckt, hat folglich auch über zentrale sozialgeschichtliche Aspekte wie die betriebsinternen Karrierewege und Führungsstile der Wirtschaftselite wenig Kenntnisse. Während die Unternehmensgeschichte sich auf der anderen Seite zwar auf Unternehmen und Betriebe fokussiert, sich dabei jedoch nur für deren ökonomische Funktionalität und sozialen Organisationscharakter interessiert, nicht jedoch für ihre Kompatibilität mit jener seit dem industrie-kapitalistischen Zeitalter wirkmächtigen Utopie einer meritokratischen Bürgergesellschaft. Den Betrieb als ›Ort‹ von Bürgerlichkeit zu studieren, scheint daher ein für die Unternehmensgeschichte eher befremdliches, wenn nicht gar absurdes Unterfangen.

Die Beiträge von *Christian Reuber/Werner Plumpe* und *Adelheid von Saldern* wählen, indem sie die innerbetrieblichen Karriereverläufe in Großunternehmen und den Wandel von Betriebsführungskonzepten in den 1960er und 1970er Jahren behandeln, für die Bürgertumsforschung ungewohnte Perspektiven. Plumpe

<sup>26</sup> Hauptbezugspunkt sind die Arbeiten des Darmstädter Soziologen Michael Hartmann, deren polemische Zielrichtung teilweise schon dem Titel der Studien zu entnehmen ist.

und Reuber ziehen die durch Hans-Ulrich Wehlers Veröffentlichungen quasi zum Handbuchwissen avancierten elitesoziologischen Ergebnisse Michael Hartmanns über Manager in Großunternehmen in Zweifel, indem sie fragen, wie Personalentscheidungen in Unternehmen getroffen werden und welchem Wandel die Rekrutierung des Leitungspersonals im hier interessierenden Zeitraum unterlag.<sup>27</sup> Die Autoren machen geltend, dass die Forschung zu diesem wichtigen Themenfeld noch ganz in den Anfängen liegt. Doch betonen sie, dass die starke Zunahme des Leitungspersonals großer Unternehmen, die eine Folge des Unternehmenswachstums im Verlauf des 20. Jahrhunderts und der Divisionalisierung der Unternehmensstrukturen war, die angeblich hermetische Abschließung der wirtschaftsbürgerlichen Elite von vornherein unplausibel mache. Unter den von der Bürgertumsforschung ebenso wie von der unternehmensgeschichtlichen Literatur bislang noch wenig erforschten Gruppe leitender Angestellten vermuten beide Autoren seit den 1960er Jahren zahlreiche Bildungsaufsteiger, über deren Karriereverläufe, Lebensstil und Werte bislang nur wenig bekannt sei.

Auch *Adelheid von Saldern* betont in ihrem Beitrag über die Harzburger Akademie Reinhard Höhns, einer einflussreichen Institution zur Weiterbildung von Managern westdeutscher Unternehmen, jene Faktoren, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf eine Verbreiterung wirtschaftsbürgerlicher Gruppen, Ideale und Verhaltensweisen hinwirkten und eine wirkungsvolle Abschottung oligarchischer Gruppierungen eher unwahrscheinlich machten.

Darüber hinaus stellen Plumpe und Reuber in Frage, ob tatsächlich, wie sie die Befunde von Hartmann und Wehler lesen, in Großunternehmen »sozial und kulturell motivierte Protektionen der primäre Aufstiegsgrund waren«.<sup>28</sup> Weitere Forschungen hierzu sind in der Tat ein wichtiges Desiderat der unternehmensgeschichtlichen Forschung, deren Ergebnisse auch für die Bürgertumsforschung Bedeutung besäßen. Jedoch will es uns scheinen, als wenn selbst dann, wenn der ›Bewährungsaufstieg‹ in großen Unternehmen den Normalfall bildete, damit die Frage nach der Bedeutung des ›Habitus‹ beim Wettbewerb um innerbetriebliche Aufstiegschancen ihre Bedeutung nicht eingebüßt hat.

Das zeigt wiederum auch und gerade der Beitrag *Adelheid von Salderns*. Denn indem Höhn und seine Mitstreiter »Selbstverantwortlichkeit« und »disziplinierte Einordnung« zu Leitzielen der Betriebsführung erklärten, propagierten sie, so von Saldern, quasi einen modernisierten bürgerlichen Habitus. Die Harzburger Akademie wandte sich dabei bezeichnenderweise hauptsächlich an das mittlere und untere Management der jungen Bundesrepublik. Die Akademie vertrat Werte, die sich vom autoritär-patriarchalischen Führungsstil älterer Unternehmer

27 Vgl. *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5; *ders.*, Deutsches Bürgertum nach 1945; auf Hartmann stützt sich auch: *Rauh*, Bürgerliche Kontinuitäten; *Hartmann*, Mythos; *ders.*, Topmanager.

28 Vgl. den Beitrag von Plumpe/Reuber in diesem Band.



abgrenzten und große Nähe zum tradierten Ideal der Bürgerlichkeit aufwiesen. Dieser Befund verdient um so mehr Beachtung, als das Leitungspersonal dieser Modernisierungsagentur der jungen Bundesrepublik unter Führung des ehemaligen SS-Gruppenführers Reinhard Höhn, aus Personen bestand, die allesamt dem akademisch gebildeten Bildungsbürgertum entstammten und im Dritten Reich beachtliche Karrieren gemacht hatten. Hier deutet sich das dringende Forschungsdesiderat einer Bürgertumsforschung an, die das Dritte Reich nicht länger als blinden Fleck im 20. Jahrhundert auslässt. Letztlich, so von Saldern, trafen sich im Konzept der Akademie bürgerliche Leitbilder und integrativ-harmonisierende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft, deren geistige Wurzeln in der Zeit vor 1933 lagen, die jedoch durch die Erfahrung des Dritten Reichs in spezifischer Weise geformt worden waren und nach 1945 in »entnazifizierter Form« weiter lebten.

## 5. Politik und Staat

Die vorangegangenen Bemerkungen zu Bürgerlichkeit in Betriebsführungskonzepten des 20. Jahrhunderts verdeutlichen, dass das Konzept »Bürgerlichkeit« immer auch politische Bedeutungselemente mit sich trägt. Auch habituelle Bürgerlichkeit ist politisch. Andersherum erschöpft sich politische Bürgerlichkeit weder in einer idealisierenden Gleichsetzung mit der Zielutopie der »bürgerlichen Gesellschaft« aus dem ideengeschichtlichen Kontext der frühen bürgerlich-liberalen Bewegung noch ist sie identisch mit zivilgesellschaftlichen Konzepten des späten 20. Jahrhunderts. Vielmehr ist die Politizität von Bürgerlichkeit vielgestaltig und gerade dort, wo sie einen klaren Staatsbezug aufweist, kann sie ganz unterschiedliche Ausformungen aufweisen. Deswegen ist es möglich, wie *Jens Hacke* in seinem Beitrag zeigt, dass sich in der westdeutschen Gesellschaft nach 1945 neue Modelle politischer Bürgerlichkeit entwickeln konnten, die eine Sozialformation Bürgertum als Trägergruppe überhaupt nicht brauchten. Zwar hätten die politische Stabilität der Bundesrepublik und die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft bürgerschaftliches Engagement nicht gerade herausgefordert, und auch der Topos eines bürgerlichen Versagens angesichts des Nationalsozialismus hätte der Herausbildung einer neuen, auch politisch verfassten Bürgerlichkeit eher im Wege gestanden. Hacke kann aber zeigen, wie es trotz dieser widrigen Bedingungen drei liberalen beziehungsweise liberal-konservativen Theoretikern (Joachim Ritter, Odo Marquard und Dolf Sternberger) gelang, einer neuen politischen Bürgerlichkeit in aristotelischer Tradition, zentriert um die Grundprinzipien individueller Freiheit, Verpflichtung zu politischer Partizipation und Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl, den Weg zu bahnen.



In einer anderen Wendung führt *Volker Depkat* vor, wie stark in autobiographischen Geschichtsdiagnosen von deutschen Politikerinnen und Politikern des demokratischen Spektrums der Untergang der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus auch als Folge eines Defizits an politischer Bürgerlichkeit gedeutet wurde. Aus dieser Deutung heraus setzten sich die von Depkat untersuchten Personen nach 1945 für die Grundlegung einer in bürgerlich-liberalen Wertideen ankernden politischen Kultur ein. Ein liberal-demokratisches Verständnis von Bürgerlichkeit, durchaus im Ideenhaushalt des 19. Jahrhunderts wurzelnd, stellte in dieser Perspektive ein wichtiges politisches Orientierungsangebot in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft dar. Politische Bürgerlichkeit wurde hier als konkrete Ordnungsidee ein normatives Ideal politischen Denkens und Handelns, für das freilich die von Jens Hacke beschriebenen Entwicklungen der politischen Theorie eine philosophische Basis bilden konnten.

Nicht für die politische Gründergeneration der Bundesrepublik, sondern für die bundesrepublikanische Protestbewegung der fünfziger und sechziger Jahre formuliert *Holger Nehring* die These, dass deren politisches Handeln von entscheidender Bedeutung für die Herausbildung einer spezifisch bundesrepublikanischen politischen Bürgerlichkeit gewesen sei. Nehring entwickelt dabei das Gegenbild einer politischen Bürgerlichkeit des frühen 20. Jahrhunderts und plädiert vor diesem Hintergrund für eine konsequente Historisierung des Begriffs der Bürgerlichkeit. Am Beispiel der Ostermarschbewegung analysiert er Bürgerlichkeit vor allem als eine Semantik und damit mit Niklas Luhmann als einen »Vorrat an bereit gehaltenen Sinnverarbeitungsregeln« zur Strukturierung gesellschaftlicher Kommunikation. Nehring kann exemplarisch herausarbeiten, wie sich die Semantik der Bürgerlichkeit in den etwa zwei Jahrzehnten seines Untersuchungszeitraums von einer auf staatsbürgerliche Pflichten und damit einer auf ein obrigkeitliches Staatsverständnis fixierten politischen Moral zu einer vom Individuum her denkenden und den Einzelnen vom Staat emanzipierenden Leitvorstellung veränderte. Für diesen Transformationsprozess könnte man versucht sein, den Begriff der »Liberalisierung« zu wählen. Nehring betont jedoch, dass der von ihm dargestellte Wandel damit nicht zureichend beschrieben sei, weil dieser Begriff den sich verändernden und zum Teil widersprüchlichen Staatsbezügen politischer Bürgerlichkeit nicht gerecht werde.

Am Ende stehen widersprüchliche Befunde. Auch wenn in den meisten Aufsätzen die Frage nach Bürgertum und Bürgerlichkeit den analytischen Ausgangspunkt bildete, müssen wir uns klar darüber sein, dass die Bezeichnung dieser oder jener Praxis als »bürgerlich« und die Suche nach Facetten einer wie auch immer gearteten und wie auch immer historisch definierten Bürgerlichkeit mit Blick auf die deutsche und andere europäische Gesellschaften im 20. Jahrhundert nur begrenzte Aussagekraft besitzt. In der Erklärungsreichweite des Konzepts der »Bürgerlichkeit« unterscheidet sich das 20. Jahrhundert vom bürger-

lichen Zeitalter des langen neunzehnten Jahrhunderts. Dennoch haben sich auch für die Erforschung politik-, kultur- und sozialgeschichtlicher Wandlungsprozesse im 20. Jahrhundert Begriffe wie Bürgertum und Bürgerlichkeit als hilfreich erwiesen, um Kontinuitäten, Ähnlichkeiten, Übereinstimmungen und Unterschiede in der Sozial- und Kulturgeschichte der europäischen Gesellschaften zu fokussieren. Teilweise in Ermangelung attraktiver Alternativen wird daher an die Bürgertumsforschung zum 19. Jahrhundert angeknüpft, um zeitgeschichtliche Themen, wie sie dieser Band versammelt, in neuer Perspektive und mit Gewinn zu diskutieren. Allerdings bedarf es weiterhin großer Anstrengungen, um die Frage nach Bürgertum und Bürgerlichkeit nicht einfach zu einem thematischen Passepartout für ganz Unterschiedliches werden zu lassen, sondern um sie über ihren jeweiligen Gegenstand hinaus fruchtbar zu machen und als gerade auch zeithistorisch wichtige und relevante Frage zu begründen. In diesem Sinne steht unser Band nicht am Ende breiter Forschungsaktivitäten, sondern eher an ihrem Anfang.



# Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft



Dieter Gosewinkel

## Zivilgesellschaft – Bürgerlichkeit – Zivilität?

Konzeptionelle Überlegungen zur Deutung  
deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert

Wer von Bürgertum und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert spricht, bestellt ein begrifflich und historiographisch umkämpftes Feld. Aussagen zu diesen Themen enthalten Deutungen der deutschen Zeitgeschichte. Sie implizieren Annahmen über die Existenz einer Sozialformation Bürgertum und seine politische Gewichtung im Verlauf des 20. Jahrhunderts, über die Existenz und Prägekraft eines kulturellen Systems von Bürgerlichkeit – und damit Deutungen zu Entwicklungsfaktoren, hegemonialen Tendenzen und Brüchen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Betonung von Bürgertum und Bürgerlichkeit konkurriert seit den 1990er Jahren mit Deutungskonzepten, die jenen über den Begriff des Bürgers, des lateinischen »civis«, begriffsgeschichtlich nahe stehen und dennoch anders zu interpretieren ist: Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft (und Zivilität).

Dieser Beitrag will die analytische Reichweite einiger dieser konkurrierenden Konzepte im Vergleich untersuchen und empirisch begründen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Deutungskraft eines kulturell und sozial definierten Wert- und Verhaltenssystems. Wie lassen sich Entwicklungen und Brüche der deutschen Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhundert am genauesten verstehen und am treffendsten erklären: durch die Begriffe der Zivilgesellschaft bzw. Zivilgesellschaftlichkeit, der Bürgerlichkeit oder der Zivilität?

Innerhalb dieser konzeptionellen Trias hat die Zivilgesellschaft in letzter Zeit besondere, auch theoretisch untermauerte Aufmerksamkeit gefunden.<sup>1</sup> Eine experimentelle Überlegung mag einen ersten Eindruck von der analytischen Reichweite und den Grenzen des Konzepts Zivilgesellschaft vermitteln.

Man stelle sich eine Gesellschaft vor, die reich an Vereinigungen, Verbänden und Parteien ist, deren Leben sich in großer thematischer Vielfalt weitgehend frei von staatlicher Beschränkung entfalten kann; eine Regierung, die frei und demo-

<sup>1</sup> *Kocka*, Stille Zivilgesellschaft; *ders.*, Civil Society; *Adloff*, Zivilgesellschaft, mit weiteren Nachweisen; *Gosewinkel*, Zivilgesellschaft; *Bauerkämper*, Zivilgesellschaft; *Hildermeier*, Europäische Zivilgesellschaft.